

Die Freiburger Schule als ordoliberalere Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft

Michael Wohlgemuth

Walter Eucken Institut, Freiburg

www.eucken.de

Konrad-Adenauer-Stiftung, Vorlesungsreihe
„Soziale Marktwirtschaft – damals und heute“

3. April 2008

Walter Eucken **Institut**



ORDO → Constitutio in Libertate

Anfänge: Freiburger Widerstand

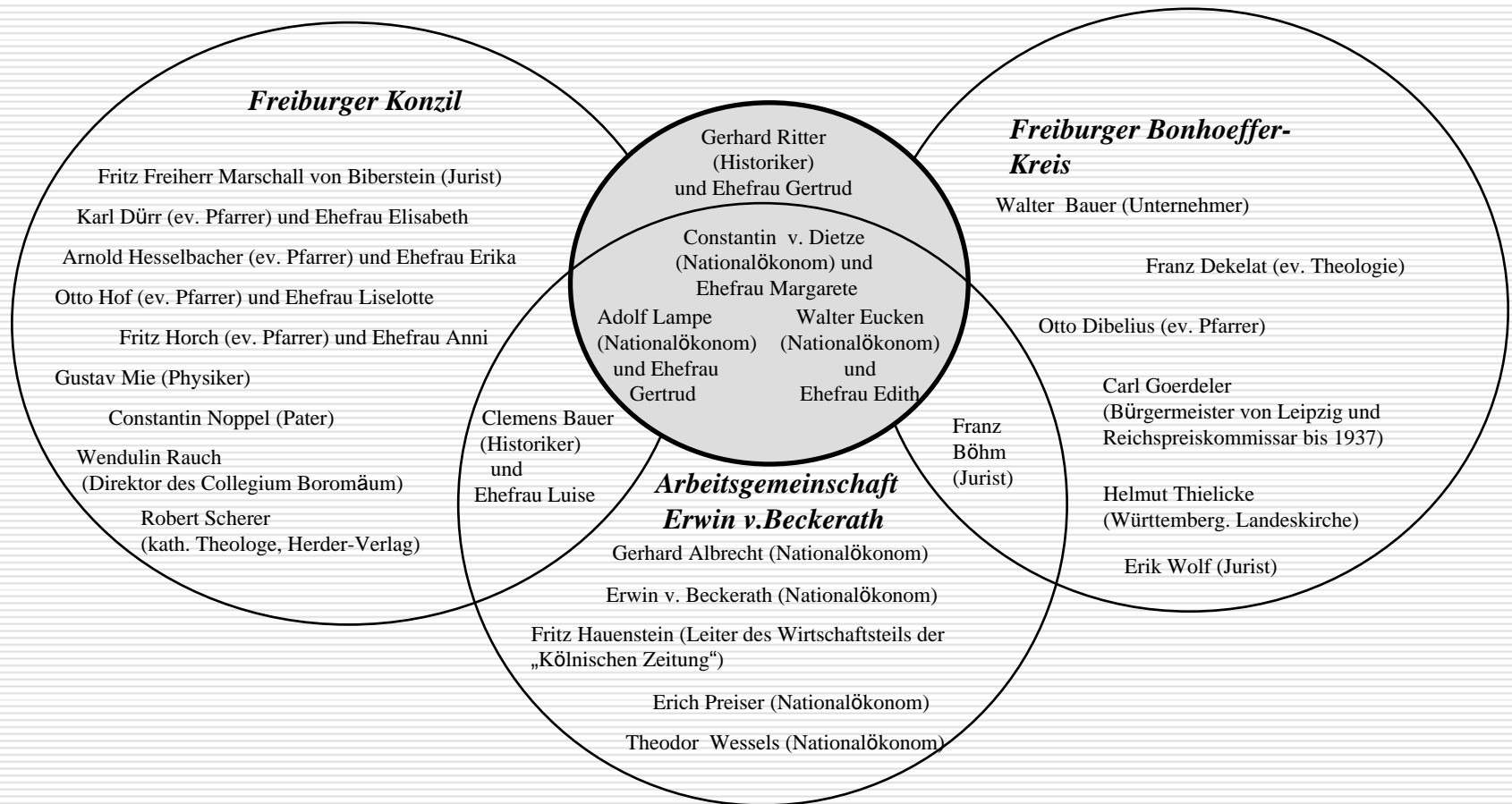


Adolph Lampe – Constantin v. Dietze – Walter Eucken

gewaltig überlegen.
21.10. Alle Juden werden beir-
rätet oder aus dem Staatsdienst
entlassen. Alle all Mißhandlungen
Diese Sünde, die das deutsche
Volk an ~~Welteren~~ begeht, in dem es
weltere Menschen selbster und
höflicher mißhandelt, wird sich
einem fürchterlichen rächen. Gott
ist auch ein rächender Gott.
25.10. Hier: Gott Grise Keller:
„Öffentliche Versammlung“ – Gott

Tagebucheintrag Eucken 1935

Freiburger Widerstandskreise



Freiburger Widerstandskreise (II)

- **Freiburger Konzil** (ab 1938)
 - Anlaß: „Reichskristallnacht“ (10.11.1938)
 - Fragen: Widerstandsrecht, -pflicht des Christen, Tyrannenmord
- **Bonhoeffer-Kreis** (ab 1942)
 - Anlaß: Bekennende Kirche, Weltkirchenkonferenz nach dem Krieg
 - Fragen: Geheimpapier „Politische Gemeinschaftsordnung“
- **AG v. Beckerath** (ab 1940)
 - Anlaß: Fortführung der AG nach 1943
 - Fragen: Ordnung einer Nachkriegswirtschaft



Freiburger Schule

„Die Frage, die uns gemeinsam beschäftigte, war die Frage nach der **privaten Macht** in einer freien Gesellschaft. Sie führt notwendig weiter zu der Frage, wie eine **Ordnung der freien Wirtschaft** beschaffen ist ... welche Typen und Möglichkeiten von Wirtschaftsordnung es überhaupt gibt, welche Rolle in ihnen jeweils die Macht spielt, und zwar sowohl die **Macht der Regierung** als auch die Macht von Privatpersonen und **privaten Gruppen**, und welche Ordnungsstörungen auftreten, wenn sich innerhalb des Staates und der Gesellschaft eine andere Machtverteilung herausbildet als diejenige, die dem jeweiligen Wirtschaftssystem **ordnungskonform** ist“ (Franz Böhm 1957)



Walter Eucken (1891-1950)

- Geboren in Jena, Sohn von Rudolf Eucken
 - (Philosoph, Literaturnobelpreis)
- 1927 Ruf nach Freiburg
 - Widerpart Heideggers, Freund Husserls
- „Grundlagen der Nationalökonomie“ (1940)
 - „Große Antinomie“ (Methodenstreit)
- „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ (1952)
 - Prinzipien einer „funktionsfähigen und menschenwürdigen“ „Wettbewerbsordnung“
- 1950 in London gestorben



Franz Böhm (1895-1977)

- Geboren in Konstanz
- 1919-1924 Jura in Freiburg
- 1925-1931 Kartellrechtler am Reichswirtschaftsministerium
- Habilitation „Wettbewerb und Monopolkampf“ (1933)
- 1936 Ruf nach Jena
 - 1937-1945 Entzug der Lehrbefugnis
- 1945 Kultusminister in Hessen
- 1946 Professur in Frankfurt
- 1953 – 1965 MdB der CDU
 - GWB (1957)
 - Wiedergutmachung



Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik



Funktionsfähiger Wettbewerb

- Grundprinzip Leistungswettbewerb
 - Konsumentensouveränität
 - Leistungs- und Innovationsanreize
- Rechtfertigung der Marktordnung
 - Antwort auf die „soziale Frage“
 - Das „genialste Entmachtungsinstrument der Geschichte“ (Böhm)

Eigentum, Vertrag, Haftung

- **Privateigentum:** Pläne souveräner Marktteilnehmer sollen entscheiden. Handlungsfreiheit, Eigenverantwortung.
- **Vertragsfreiheit:** Privatautonomie. Aber keine (Kartell-) Verträge auf Kosten Dritter.
- **Haftung:** Verantwortung für Wirkungen auf Dritte. Risiken und Verluste dürfen nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

Konstanz, Stabilität, Offenheit

- **Verlässliche** Rahmenbedingungen, Rechtssicherheit, Vertrauensschutz als Voraussetzung langfristiger Investitionen.
- **Stabiles** Geld als Voraussetzung funktionierender Kreditmärkte, langfristiger Sparpläne und verlässlicher Preissignale
- **Offene** Märkte (Abbau staatlicher und privater Marktzutrittsschranken) entscheidend für Leistungswettbewerb (s.o.)

Regulierung

- **Monopolkontrolle** (bei „natürlichen Monopolen“)
- Marktkonforme **Sozialpolitik**: Erbschaftssteuer, Sozialhilfe, Sozialversicherung.
- **Umweltpolitik** (bei „externen Effekten“)

„Freiheit durch Sozialismus“?

“Die Gefahr, die von der Konzentration des Kapitals in den Händen weniger für die Freiheit ausgeht, sah niemand klarer als der Freiburger Ökonom Walter Eucken ... Nach seiner Meinung bekämpften sich Kapitalismus und Sozialismus zwar - gemeint war der autoritäre Staatssozialismus des Ostens -, aber in Wirklichkeit hätten sie vieles gemeinsam. Werde die Marktwirtschaft sich selbst überlassen, dann führe sie zu einer stets größer werdenden Machtkonzentration. Wirtschaftliche Interessengruppen würden dann verstärkt Märkte durch Kartelle, Fusionen, Dumpingpreise und Marktsperren kontrollieren. Große Unternehmen könnten demokratische Regierungen durch ihre bloße Wirtschaftsmacht legal erpressen”.



Oskar Lafontaine 2007

Staatspolitische Grundsätze (Eucken 1952)

„Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen“

„Die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates sollte auf die Gestaltung der Ordnungsformen der Wirtschaft gerichtet sein, nicht auf die Lenkung des Wirtschaftsprozesses“



Freiheit und Ordnung

- „Von den Menschen darf nicht gefordert werden, was allein die Wirtschaftsordnung leisten kann: ein harmonisches Verhältnis von Einzelinteresse und Gesamtinteresse herzustellen ... Freiheit und Ordnung sind kein Gegensatz. Sie bedingen einander“ (Eucken 1952)
- „Die Ordnung der Freiheit bedeutet: Die Bürger beauftragen den Staat, die Spielregeln zu setzen. Aber das Spiel machen die Bürger“ (Horst Köhler 2005).



Interdependenz der Ordnungen (I)

- ❑ Marktordnung bedarf der (Privat-) Rechtsordnung.
- ❑ Rechtsordnung bedarf (meistens) des Staates zur Findung und Durchsetzung.
- ❑ Zähmung des Staates bedarf des (Verfassungs-) Rechts.



Interdependenz der Ordnungen (II)

- Wirtschaftliche Macht geht meist auf staatliche Macht (Privilegien, Interventionen) zurück.
 - („Verstaatlichung der Gesellschaft“, Böhm)
- Wirtschaftliche Machtgruppen sind politische Machtfaktoren.
 - („Refeudalisierung des Staates“, Böhm)



Interdependenz der Ordnungen (III)

- Rechtsstaat und Demokratie sind nur mit Marktwirtschaft vereinbar (nicht mit zentraler Planung)
- Eucken: „Ohne eine Wettbewerbsordnung kann kein aktionsfähiger Staat entstehen und ohne einen aktionsfähigen Staat keine Wettbewerbsordnung“

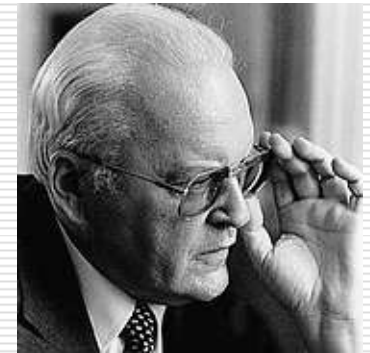


Privatrechtsgesellschaft und Rechtsstaat

- Wettbewerbsordnung als „Privatrechtsgesellschaft“ (Böhm). Privatautonomie, freiwillige Koordination, Gleichordnung.
- Freiheit und Gleichheit, Recht und Gesetz müssen aber **durch** das staatliche Monopol legitimen Zwangs notfalls durchgesetzt werden.
- Gleichzeitig muß der Bürger **vor** einem Mißbrauch des staatlichen Gewaltmonopols geschützt werden
- => Aufgabe des „Rechtsstaats“ (Rule of Law)

„Leistungswettbewerb in der Politik“ ?!

- „Die Freiburger Schule“ um Walter Eucken und Franz Böhm hat klar erkannt, daß ‚Leistungswettbewerb‘ der beste Weg zu Wohlstand und sozialem Ausgleich ist. So wie eine Wettbewerbsordnung als das ‚genialste Entmachtungsinstrument der Geschichte‘ ... den Konsumenten dient, so ist **jetzt** darüber nachzudenken, wie ein Leistungswettbewerb in der **Politik** durch Änderungen der Spielregeln politischer Entscheidungen den gemeinsamen Interessen der Bürger weitaus besser dienlich gemacht werden kann“



Kurze Werbepause (I) ...

Michael Wohlgemuth
(Hrsg.):

**Spielregeln für eine
bessere Politik.**
Reformblockaden
überwinden –
Leistungswettbewerb
fördern.

2. Auflage, Herder-
Verlag, 16 €

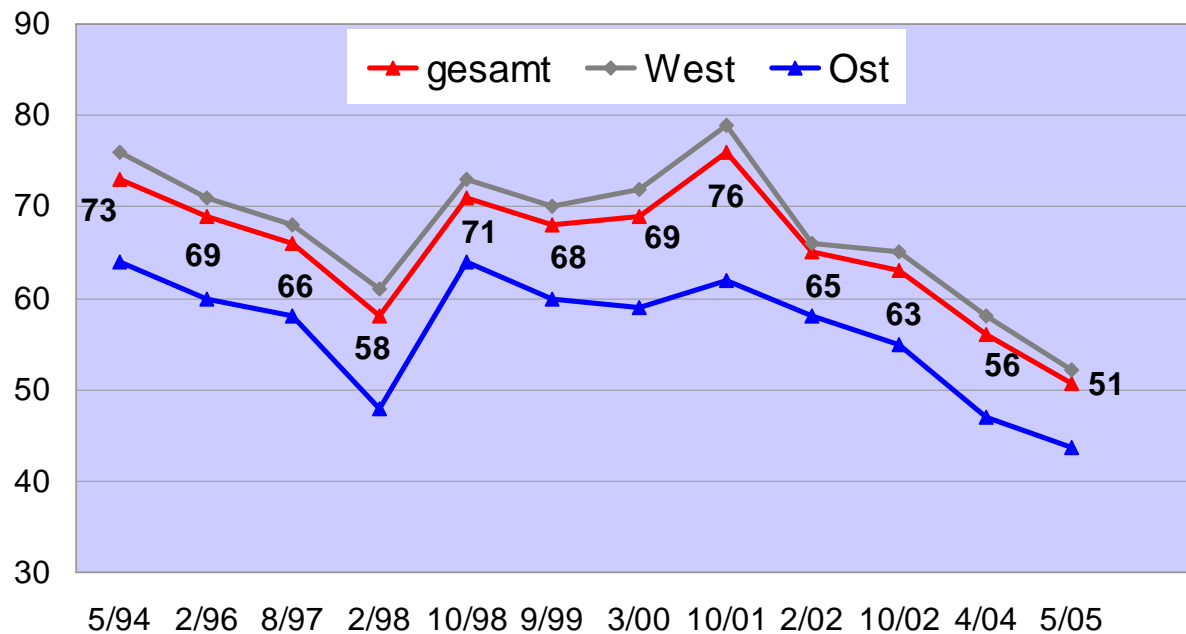


(Ordo-), Neoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft



Soziale Marktwirtschaft im Spiegel der Meinungen

„Die Soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt“



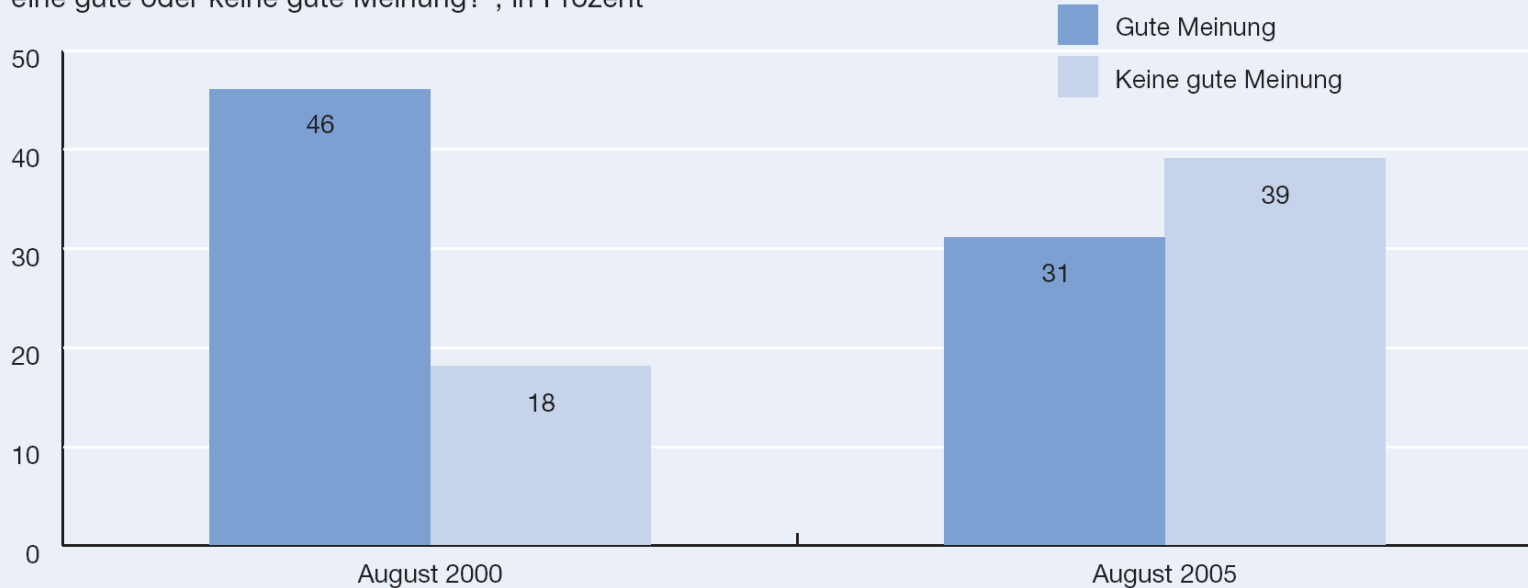
BdB/ipos: Soziale Marktwirtschaft 5/2005

Soziale Marktwirtschaft im Spiegel der Meinungen

Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in Umfragen

Abbildung 1

Antworten auf die Frage: „Haben Sie vom deutschen Wirtschaftssystem eine gute oder keine gute Meinung?“, in Prozent



Repräsentative Meinungsumfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach.

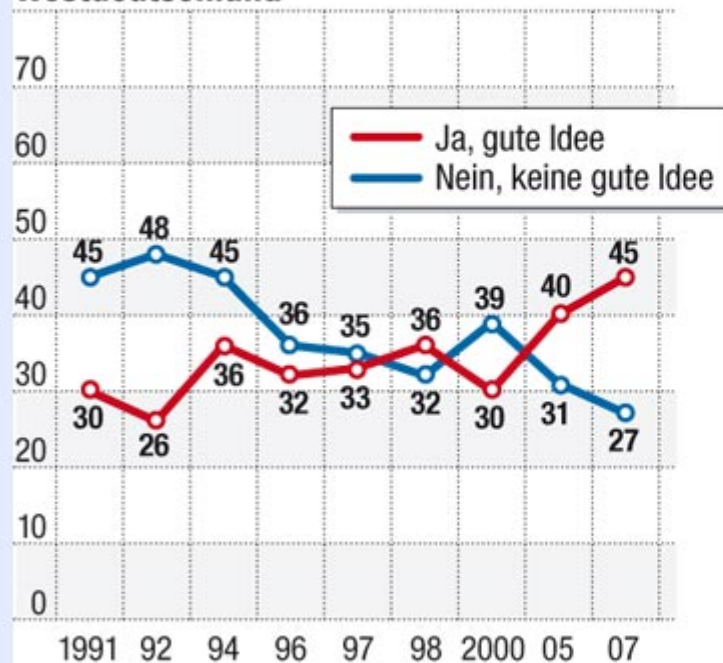
Quelle: Baethge et al., 2005

Soziale Marktwirtschaft im Spiegel der Meinungen

Ist der Sozialismus eine gute Idee?

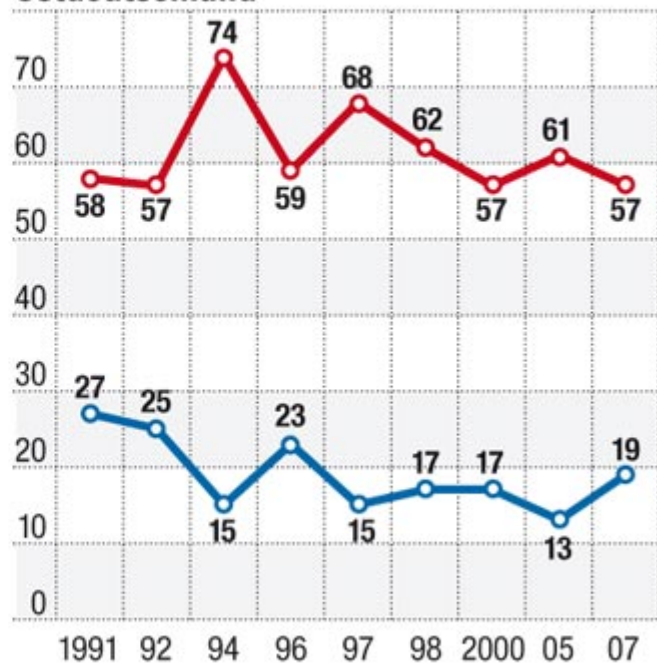
„Halten Sie den Sozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde?“ (in Prozent)¹⁾

Westdeutschland



1) Differenz zu 100 Prozent: Unentschieden.

Ostdeutschland

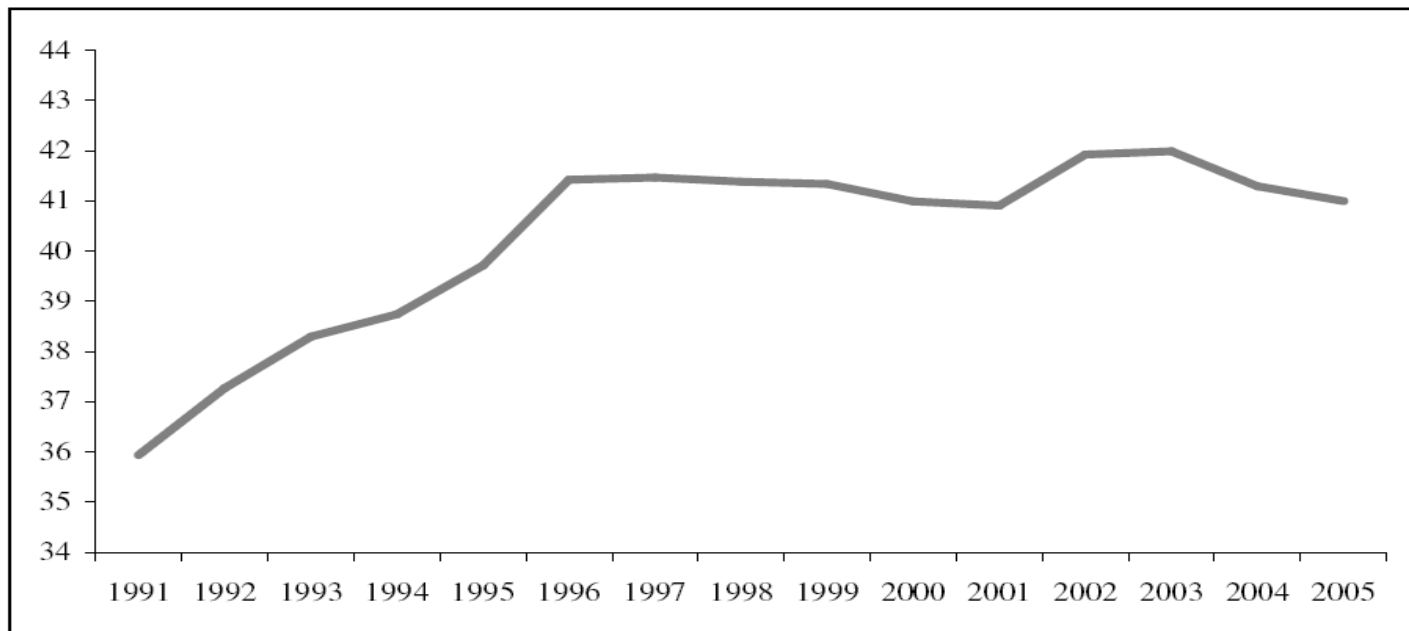


Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/F.A.Z.-Grafik Walter

Soziale Marktwirtschaft im Spiegel der Meinungen

Die Transferquote in Deutschland

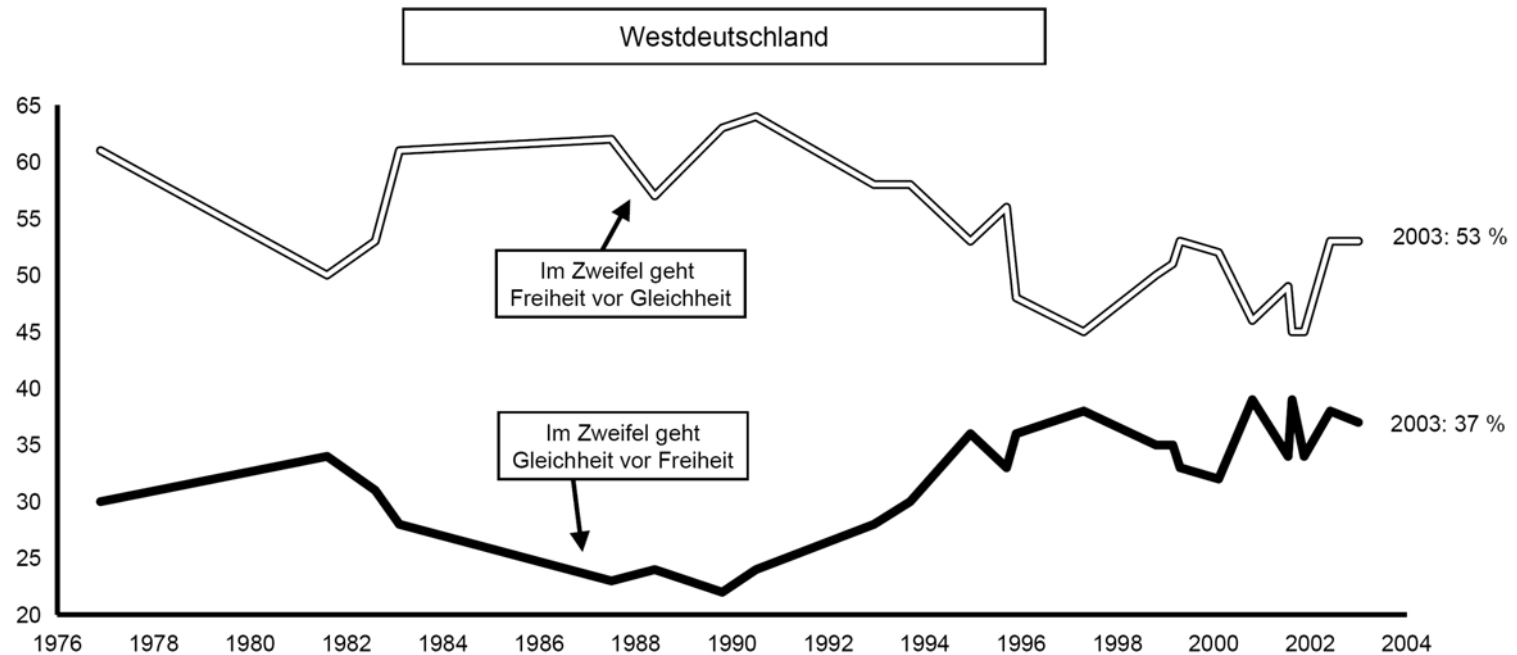
Anteil der empfangenen monetären Sozialleistungen und Sachtransfers an den verfügbaren Einkommen (nach dem Verbrauchskonzept) in Milliarden Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Freiheit oder Gleichheit
In Westdeutschland eindeutige Priorität zugunsten
der Freiheit

FRAGE: „Hier unterhalten sich zwei, was letzten Endes wohl wichtiger ist, Freiheit oder möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit - wenn Sie das bitte einmal lesen. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“



An 100 fehlende Prozent: Unentschieden.

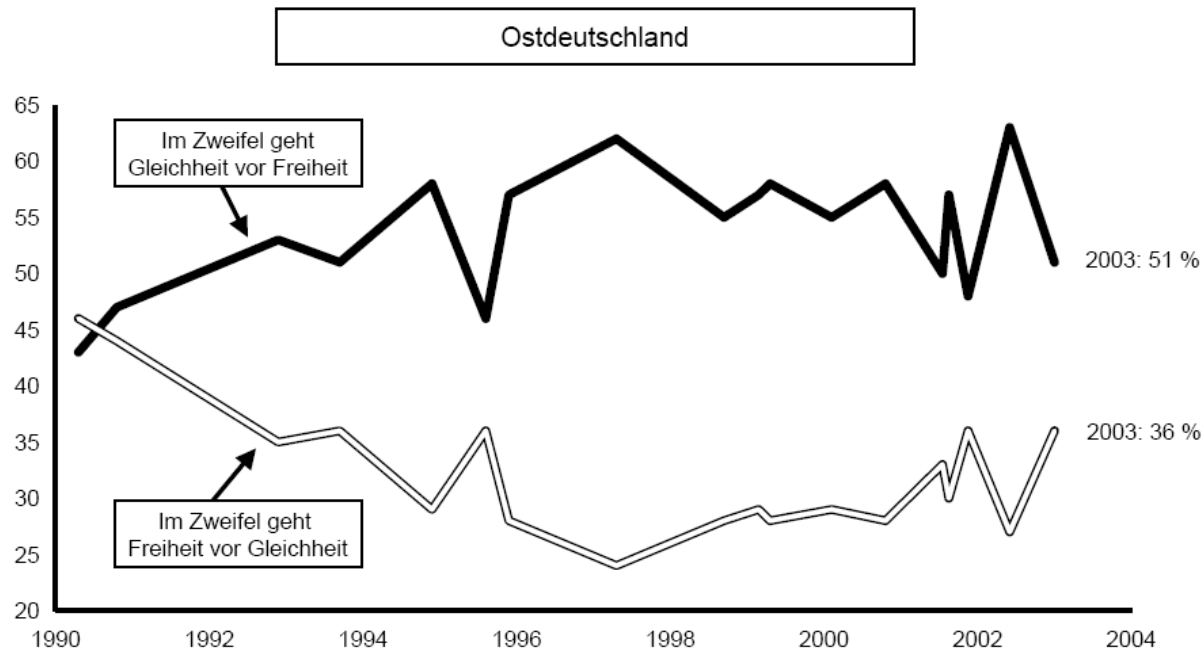
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 7049, Oktober/November 2003

Freiheit oder Gleichheit
In Ostdeutschland hat die Gleichheit Priorität

Grafik 5

Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: „Hier unterhalten sich zwei, was letzten Endes wohl wichtiger ist, Freiheit oder möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit - wenn Sie das bitte einmal lesen. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“



An 100 fehlende Prozent: Unentschieden.

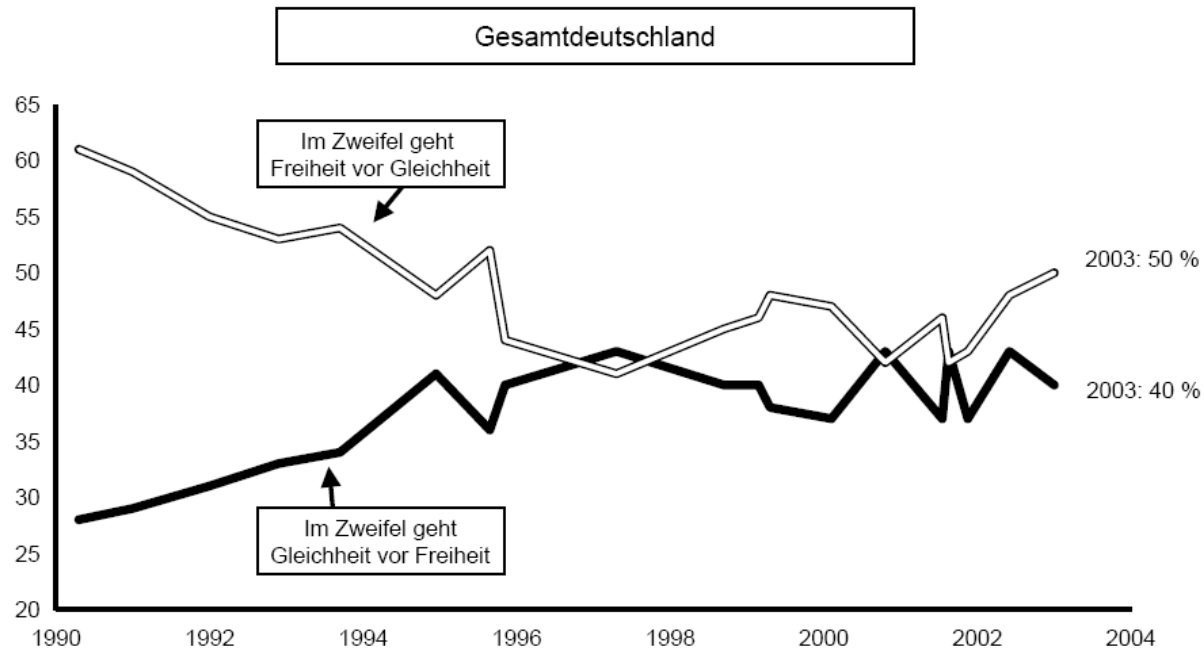
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 7049, Oktober/November 2003

Freiheit oder Gleichheit - was hat Priorität?

Grafik 6

Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: „Hier unterhalten sich zwei, was letzten Endes wohl wichtiger ist, Freiheit oder möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit - wenn Sie das bitte einmal lesen. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“



An 100 fehlende Prozent: Unentschieden.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 7049, Oktober/November 2003

Umfrage 2005

- Im Zweifel für die Freiheit: 41%
- Im Zweifel für die Gleichheit: 50%

Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitische Richtschnur

□ Kerngedanke:

„das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“



Alfred Müller-Armack 1956

Müller-Armack

Erhard

Konzeption und Realität

„Soziale Marktwirtschaft“:

- gelungene Kompromißformel?
 - fauler Kompromiß?
 - Leerformel?
-

Freiheit **und** sozialer Ausgleich?

- „**Freiheit** auf dem Markte“:
s. konstituierende Prinzipien, Kartellamt.
- „**Sozialer** Ausgleich“:
s.a. Wettbewerbsordnung
 - „Leistungsgerechtigkeit“; „Chancengerechtigkeit“.
 - aber auch: Progressive Einkommensteuer;
Transfers; kollektive Daseinsvorsorge.
- „**Marktkonformität**“:
 - „den sozialen Zweck sichern, ohne störend in die Marktapparatur einzugreifen“

Was ist Ordnungspolitik? (I)

- Staatliche Maßnahmen, die mit Mitteln
- **allgemeiner Gesetze** auf die
- **Rahmenbedingungen** des Wirtschaftens,
- die Erhaltung, die Anpassung und Verbesserung der
- Wirtschafts**ordnung** gerichtet sind.
 - Dagegen Prozeßpolitik: **Interventionen** in den Markt**prozeß**, um **bestimmte Ergebnisse** für **bestimmte Gruppen** **unmittelbar** herbeizuführen.

Was ist Ordnungspolitik? (II)

- Änderung der Spielregeln...
 - ... statt Manipulierung der Spielergebnisse.
- Prinzipiengeleitet ...
 - ... statt opportunistisch.
- Langfristig orientiert ...
 - ... statt kurzfristig.
- Allgemeinen Interessen dienend ...
 - ... statt Sonderinteressen.



Konzeption und Realität

Ordnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland (1948-1989)

- Währungsreform vom 20. Juni 1948:
„Wirtschaftswunder“ ?
 - reale Wachstumsraten von 8,9 % während der 50er Jahre!
 - Dynamische Rente 1959: „Generationenvertrag“?
 - Erste Trendwende nach 1966 „Globalsteuerung“ und Sozialstaatsausbau
-

Ist das noch aktuell? (I)

- Prozeßpolitische
Fein- oder
Globalsteuerung der
70er Jahre ist
gescheitert.
- „*In the long run we
are all dead*“



John Maynard Keynes
(† 1946)

Ist das noch aktuell? (II)

- Zentrale Planwirtschaft ist in den 1980er Jahren zusammengebrochen
- „*Wir werden den Westen tanzen lassen wie Fische in der Bratpfanne*“



Nikita Chruschtschow
(1960)

Ist das noch aktuell? (III)

- Deutschland wird in den 1990er Jahren vom Musterknaben der Ordnungspolitik zum kranken Mann Europas
- *„Ich will nicht den Ludwig-Erhard-Preis, sondern die nächste Wahl gewinnen“*



Margaret Thatcher //
(PM 1979-1990)

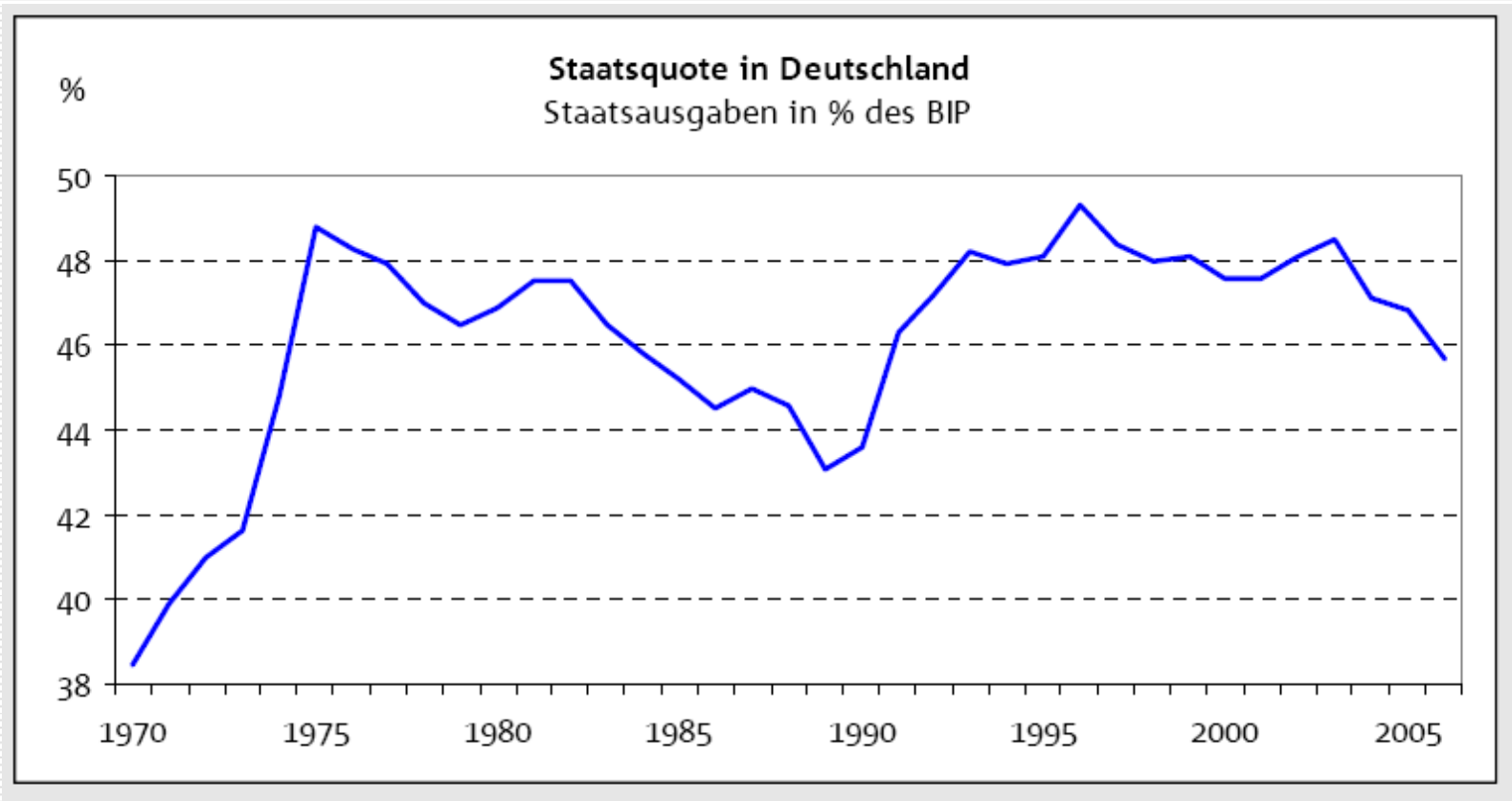
Helmut Kohl
(Kanzler 1982-1998)

Konzeption und Realität

Ordnungspolitik und Deutsche Vereinigung

- Triumph oder Abgesang der „Sozialen Marktwirtschaft“?
 - „Marktwirtschaft“: undankbare Aufgabe, unterschätzte Mängel der Planwirtschaft aufzudecken.
 - „Sozialstaat“: ungeeignet, Strukturwandel zu unterstützen; geeignet, unterschätzte Grenzen des Versorgungsstaates aufzudecken.
-

Ist das noch aktuell? (III)



Ludwig Erhard 1960

„Wir sind mit einem Anteil der öffentlichen Hand von 40% am Sozialprodukt schon das Land, das in der nichtkommunistischen Welt an der Spitze liegt [...] und dann werden diese 40% auf 45% und auf 50% gesteigert werden. Glauben Sie weiter, daß dann noch eine **freiheitliche Ordnung** denkbar ist, daß unser Volk dann noch aus Menschen besteht, die in geistiger und materieller Unabhängigkeit echte Staatsbürger im **demokratischen** Sinne bleiben können?“



Ordnungspolitik und Europäische Vereinigung

- Art. 1 EUV: „Die Union bietet ... einen Binnenmarkt mit ~~freiem und unverfälschtem Wettbewerb~~ ... wirkt auf ... eine in hohem Maße wettbewerbsfähige **soziale Marktwirtschaft**, ...“
- Wettbewerbspolitik und Geldpolitik als institutionelle Exporterfolge in ordo-liberalem Sinne
- Agrarpolitik, Handelspolitik, ...?



Die Marktwirtschaft **ist** sozial ...

weil die Bürger nicht / weniger angewiesen sind

- auf Zuweisungen des Staates,
- auf das Wohlwollen von Parteien,
- auf die Bevormundung durch Organisationen oder
- auf die fürsorgende Einvernahme von Volksgemeinschaften

Die Marktwirtschaft **ist** sozial ...

wenn es Unternehmen nicht erlaubt ist,

- sich in Kartellen zusammenzuschließen,
- Arbeiter durch organisierte Übermacht auszubeuten und
- Kunden durch Preisabsprachen zu erpressen.

Die Marktwirtschaft **ist** sozial ...

solange alle Menschen die Freiheit haben,

- im Wettbewerb mit anderen ihren Vorteil zu suchen:
- dies aber nicht durch organisierte Übervorteilung, sondern
 - durch Angebote von Gütern und Diensten zu Preisen, die keine künstlichen Knappheitsrenten garantieren;
 - durch Angebote, die keine Monopol- oder Kartellprofite ermöglichen;
 - durch Angebote vielmehr, die einander in Qualität und Preiswürdigkeit übertrumpfen wollen.

Hans D. Barbier, FAZ v. 24.6.2005

Ein wenig Werbung zum Schluß

- ❑ 780 Seiten
- ❑ 26 Autoren, kommentiert, Biographien, Bibliographien
- ❑ 49 EUR !

